

Front gegen Berlusconi

Italiens Linke setzt auf ein schnelles Ende der in eine tiefe Krise gestürzten Regierung. Eine demokratische Front aller Oppositionskräfte soll sicherstellen, dass der Sturz Berlusconis gelingt.

Seite 2

Rot-Rot befasst mit Routen

Der rot-rote Berliner Senat und die rot-rote Brandenburger Landesregierung trafen sich zur gemeinsamen Kabinettsitzung. Ein Thema waren die Flugrouten des Großflughafens Schönefeld.

Seite 12

Arbeitslosengeld

Sperrzeit nach Aufhebungsvertrag? / Miete: Für Feuerwehrzufahrt zahlen? / Schulanmeldung: Scheinwohnsitz

Standpunkt

Abrechnungshof

Von Uwe Kalbe

Der Bundesrechnungshof ist von der Aura der Redlichkeit umgeben, das macht seine Kritik zu einer willkommenen Kritik, jedenfalls in den Augen aller, die nicht kritisiert werden. Und er ist mit der Autorität der Bundesbehörde versehen, was seiner Kritik Gewicht verleiht, jedenfalls in den Augen aller, die daran gewöhnt sind, Behördenwünsche zu erfüllen – wie Steuerzahler, Personalausweisbeantragende oder Falschparker.

Nun müsste man den energischen Bemerkungen des Rechnungshofes nur entsprechend energische Korrekturen folgen lassen, dann – so scheint es – stünde der Gesundheit des Haushalts nichts mehr im Wege. Doch wenn man alle Amtsvorgänger einrechnet, auf die sich die Behörde selbst beruft, müsste es schon seit 1714 ständig aufwärts gehen mit den Staatsfinanzen. Das tut es aber nicht. Und obwohl der Rechnungshof nun mit den Ein-Euro-Jobs sogar einen Bestandteil von Hartz IV kritisiert hat, ist er doch immer in der Logik der herrschenden Politik geblieben. So preist er die Schuldenbremse trotz ihrer verheerenden sozialen Wirkungen und stört sich nicht an gleichzeitig sinkenden Unternehmensteuern.

Da wirkt die Kritik an Fehlinvestitionen für Bundesweherschlauchboote nur noch bedingt überzeugend. Verpulvertes Steuergeld findet man in Kasernen in ganz anderen Dimensionen. Freilich heißt es klein anfangen mit der Kritik. Und nicht zu viel verlangen von einer Bundesbehörde. Darum: Schlauchboote zu Pflugscharen!

Unten links

Dafür, dass nach 20 Jahren deutscher Einheit die DDR immer noch nicht richtig dazu gehört, gibt es ein weiteres trauriges Beispiel. »Bild am Sonntag« zitierte den Vizechef des Verbandes der Automobilindustrie mit der Aussage, dass Käufer deutscher Neuwagen wegen der starken Nachfrage so lange auf ihr Fahrzeug warten müssten wie noch nie. Fünf Monate auf einen Audi A3 und einen Golf Plus, drei Monate auf einen Opel Zafira. Das mag betrüblich sein, hält aber keinem Vergleich mit den in der DDR erzielten Bestwerten stand. 12 Jahre für einen Trabant 601, 14 Jahre für einen Wartburg 353 – das waren noch anständige Wartezeiten, in denen man das Gesamtwerk von Marcel Proust mehrfach studieren und die Suche nach der verlorenen Zeit nachempfinden konnte. Lumpige sechs Monate hätte der DDR-Bürger als aufdringliche Expresszustellung empfunden. Was Wartezeiten auf ein Auto betrifft, hatte die DDR Weltniveau. Aber das verschweigt die bürgerliche Presse natürlich wieder. wh

www.neues-deutschland.de
twitter.com/ndaktuell

Postvertriebsstück / Entgelt bezahlt
Einzelpreise Ausland:
Österreich Mo-Fr 1,60 EUR/Sa 2,00 EUR
Slowakei 1,70/2,10 EUR
Tschechien 61/71 CZK
Polen 6,60/9,50 PLN ISSN 0323-4940



Über 1000 Cholera-Tote in Haiti

Bevölkerung attackiert UNO-Soldaten und gibt ihnen Schuld an der Epidemie



Cholera-Epidemie sorgt für Spannungen: Brasilianische UN-Soldaten patrouillieren durch die Hauptstadt Port-au-Prince.

Foto: dpa/Andrés Martínez

Von Hans-Ulrich Dillmann,
Santo Domingo

Die Zahl der Cholera-Toten in Haiti ist auf über 1000 gestiegen. In mehreren Städten kam es unterdessen zu Übergriffen Einheimischer gegen UN-Truppen, denn viele Haitianer machen UN-Soldaten aus Nepal für den Ausbruch der Cholera verantwortlich. Zwei Demonstranten kamen bei den gewaltsamen Protesten ums Leben.

Bewiesen ist nichts. Seit Wochen halten sich in Haiti hartnäckig die Gerüchte, dass der Cholera-Erreger, der die gegenwärtige Epidemie auslöst, von nepalesischen UN-Soldaten eingeschleppt wurde. Damals wurde bekannt, dass der Erregertyp mit asiatischen Stämmen identisch ist und ein Lager der Soldaten an einem Nebenarm eines Flusses liegt, der in den Artibonite mündet. Die meisten Erkrankten haben sich aus diesem Fluss mit Wasser versorgt. Nepal aber hat bestritten, dass

Blauhelmsoldaten aus dem Himalaja-Staat Cholera-Erreger nach Haiti eingeschleppt haben sollen. Der Sprecher der nepalesischen Armee, Ramindra Chetti, sagte am Dienstag in Katmandu, entsprechende Tests hätten gezeigt, dass dies nicht der Fall war. Er betonte, die jüngsten Gewaltausbrüche in Haiti seien nicht nur gegen die nepalesischen Blauhelmsoldaten gerichtet gewesen, »sondern gegen die Vereinten Nationen generell«.

In der Hafenstadt Cap-Haïtien wurde bei den Demonstrationen gegen die Anwesenheit von Blauhelmsoldaten am Montag mindestens ein Demonstrant erschossen. Der Mann sei in Notwehr getötet worden, teilte ein Sprecher der UN-Mission für die Stabilisierung in Haiti (MINUSTAH) nach Angaben des Rundfunksenders Radio Metropole mit. Der 20-Jährige sei bewaffnet gewesen, die Soldaten hätten in Selbstverteidigung gehandelt. Allerdings sei eine Untersuchung eingeleitet worden. Die Poli-

zei der Hafenstadt spricht von einem weiteren Toten. Auch in Cap-Haïtien sind nepalesische Blauhelme stationiert. Haitianische Rundfunkstationen meldeten, die rund 1000 Demonstranten hätten zuerst ein Umspannwerk am Ortszugang in Brand gesetzt und dann Barrikaden in der Stadt errichtet. Später hätten sie die UN-Kaserne im Stadtteil Morin, in der chilenische Soldaten stationiert sind, und eine Kaserne mit nepalesischen Blauhelmen belagert. Gepanzerte UN-Fahrzeuge seien mit Steinen beworfen worden. Um die Menge zu zerstreuen, hätten die Soldaten zuerst mit Tränengas geschossen. Danach sei es zu den tödlichen Schüssen gekommen. Insgesamt 14 Personen seien verletzt worden, meldet Radio Metropole unter Berufung auf Ärzte des städtischen Krankenhauses.

Die neuerlichen gewaltsamen Auseinandersetzungen könnten auch die Stimmen aus Regierungskreisen um Staatspräsident René

Préval wieder lauter werden lassen, die schon seit dem Ausbruch der Epidemie die Verschiebung der für den 28. November vorgesehenen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen fordern.

Nach letzten Meldungen des Gesundheitsministeriums sind inzwischen mehr als 1000 Menschen an der Cholera gestorben, die Mehrheit in der nördlichen Region der Artibonite-Ebene. Mehr als 15 000 registrierte Erkrankte gibt es nach Ministeriumsangaben. Unterdessen verstärken die Hilfsorganisationen ihre Aufklärungskampagnen in den Lagern der Opfer des Erdbebens vom Januar. »Die Menschen haben nicht ausreichend Wasser, sie haben keine Sanitäreinrichtungen und sie haben auch kein Wissen über die Cholera«, klagte Joost Butenop von Caritas International.

Spenden: Kennwort: »Haiti«. Diakoniekatastrophenhilfe: Konto 502 707, Postbank Stuttgart, BLZ 600 100 70

Wenn Finanzbeamte Yoga-Kurse leiten

Bundesrechnungshof beziffert unnötige Ausgaben des Bundes auf rund 25 Milliarden pro Jahr

Von Regina Stötzel

Der Bund hält seine Groschen nicht gerade konsequent beisammen. Das belegen die »Bemerkungen 2010 zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Bundes« des Bundesrechnungshofes. Präsident Dieter Engels empfiehlt, die kleinen Einsparpotenziale zu nutzen und »weitere Konsolidierungsschritte« zu tätigen.

Der Zeitpunkt, zu dem die »Bemerkungen 2010« in Berlin der Presse vorgestellt werden, ist für Dieter Engels, den Präsidenten des Bundesrechnungshofes, ein besonderer. Die Haushaltspolitik des Bundes stehe vor »einem entscheidenden Paradigmenwechsel«. »Denn wie Sie alle wissen, greift mit dem neuen Haushalt 2011 zum ersten Mal die Schuldenbremse.«

Von 50 auf 10 Milliarden Euro soll die jährliche Neuverschuldung reduziert werden. Aber warum nicht im Kleinen mit dem Sparen

beginnen? Im Stil des Bundes der Steuerzahler berichtet Engels, dass dem Bund für die Bahnstrecke Saarbrücken-Ludwigshafen Böschungssicherungen in Rechnung gestellt worden seien, obwohl das ebene Terrain dort gar keiner Sicherung bedürfte. Keck zweifelt er auch die Qualität von Yoga-Kursen zur Gesundheitsvorsorge an, »wenn etwa Ingenieure oder Finanzbeamte ohne entsprechende Ausbildung« diese leiteten.

Die Bundeswehr habe drei Millionen Euro für vier neue Schlauchboote ausgegeben, die sich als weitgehend untauglich erwiesen hätten. In allen Elementen seien die Boote nur bedingt transportfähig, auf See könnten sie nur ohne Besatzung ausgesetzt werden. »Und bei ungünstigen Witterungsbedingungen geht gar nichts.« Vor der geplanten Nachrüstung für eine Million Euro empfiehlt der Bundesrechnungshof daher dringend, zunächst festzustellen, ob sich die-

se Investition auch lohne. Weiterhin habe das Auswärtige Amt fünf Dienstwohnungen in Mauretania bauen lassen, die im Schnitt 60 Prozent zu groß und mit je 700 000 Euro ziemlich teuer gerieten. Der angeführte Verweis auf die Sicherheitslage »überzeugt uns nicht, da in vergleichbaren Ländern Dienstwohnungen unter Beachtung des zulässigen Größen- und Kostenrahmens errichtet worden sind«, führt Engels aus.

Auch Schlampereien, die nicht im eigentlichen Sinne finanzieller Art sind, werden moniert. So entdeckten die Mitarbeiter der Behörde im Finanzministerium unter anderem »alte Computer mit Festplatten«, die private wie dienstliche Daten enthalten und dort ungeschützt herumgestanden hätten.

Auf Nachfrage kritisierte Engels insbesondere »strukturelle Verfestigungen, die sich in unserem Staat insgesamt bemerkbar machen«. So lade etwa die Aufgabenteilung

beim Autobahnbau – die Länder planen und der Bund finanziert – dazu ein, Geld zu verschwenden.

Die Summe, die nach seinen Empfehlungen jährlich eingespart werden könnte, beziffert der Bundesrechnungshof auf rund 25 Milliarden Euro. Einmalige Einsparungen seien dabei ebenso wenig eingerechnet wie etwa die sechs Milliarden Euro, die man dadurch eintreiben möchte, dass der ermäßigte Mehrwertsteuersatz nicht mehr für Reit- und Rennpferde und andere überflüssige Dinge gilt.

Über die Empfehlungen der Behörde wird in den kommenden Monaten der Rechnungsprüfungsausschuss des Bundestages beraten. »Angesichts der Verschuldungslage und der neuen Schuldenbremse täten wir gut daran, diese Möglichkeiten zu nutzen«, sagte Engels eindrücklich und empfahl dem Bund, seinen »Konsolidierungskurs konsequent weiter zu gehen«.

Streit um EU-Hilfen für Irland

Ratspräsident warnt vor Gefahren für den Euro

Brüssel (AFP/ND). Zwischen den Euro-Ländern ist ein Streit um Rettungshilfen für das hoch verschuldete Irland entbrannt. Beim Finanzministertreffen am Dienstagabend in Brüssel wurde laut EU-Diplomaten eine »lebhaft« Debatte erwartet. Voraussetzung für Rettungshilfen der Euro-Länder sei, dass Irland sich kein Geld mehr an den Kreditmärkten verschaffen könne und einen Antrag auf Hilfe stelle, sagte ein EU-Diplomat. Beide Bedingungen seien aber derzeit nicht erfüllt. Der irische Premierminister Brian Cowen bekräftigte am Dienstag in Dublin, dass sein Land nicht um Hilfe aus dem EU-Rettungsmechanismus angefragt habe.

Irischen Medienberichten zufolge will die Regierung in Dublin keine EU-Milliarden für den Staat, aber für die angeschlagenen Banken des Landes beantragen. EU-Währungskommissar Olli Rehn bestätigte Gespräche mit der Europäischen Zentralbank und dem Internationalen Währungsfonds über die irische Bankenbranche.

EU-Ratspräsident Herman van Rompuy warnte angesichts der schwierigen Lage vor einem Auseinanderbrechen der Euro-Zone. »Wenn die Eurozone nicht überlebt, wird auch die Europäische Union nicht überleben«, sagte er in Brüssel. Der Euro-Kurs fiel am Nachmittag auf 1,3550 Dollar, den niedrigsten Stand seit Ende September. Seite 16

Kurz

Kämpfe in Kolumbien

Bogotá (AFP). Bei einem Luftangriff auf ein Lager der FARC-Guerilla im Südosten Kolumbiens sind am Montag 14 Rebellen getötet worden. Der Einsatz von Polizei, Luftwaffe und Bodentruppen richtete sich gegen ein Lager in der Region von Ipiales an der Grenze zu Ecuador, wie das Verteidigungsministerium mitteilte.

Hunger in Nordkorea

Rom (AFP). In Nordkorea sind fünf Millionen Menschen von Hunger bedroht. Einem Bericht der Welternährungsorganisation und des UN-Welternährungsprogramms zufolge ist das Land dringend auf internationale Hilfe angewiesen. Nordkorea benötige 542 000 zusätzliche Tonnen Getreide.

Drohnenangriff

Miranshah (AFP). Bei einem US-Drohnenangriff in den pakistanischen Stammesgebieten nahe der Grenze zu Afghanistan sind laut pakistanischen Sicherheitsbeamten mindestens 15 mutmaßliche Aufständische getötet worden.

Kirchenaustritt

Saarbrücken (AFP). Der Saarbrücker Theologe Gotthold Hasenhüttl, der wegen eines gemeinsamen Abendmahls mit Protestanten vom Priesteramt suspendiert wurde, ist aus der katholischen Kirche ausgetreten. Personalien Seite 8